



Hubertus Hencke
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke
stv. Fraktionsvorsitzende

Presseinformation

Nr. 94/2013 Kiel, 04. November 2013

Haushaltsplanentwurf 2014

Es geht aufwärts in Kiel: Mit Defiziten, Schulden und Zinsen

Zum Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2014 erklärt der Vorsitzende und finanzpolitische Sprecher der FDP-Ratsfraktion, Hubertus Hencke:

„Zunächst einmal sind folgende Eckdaten nüchtern festzuhalten:

1. Das **Jahresergebnis** wird sich in 2014 mit einem Minus von über 76 Mio. Euro im Vergleich zu 2013 um etwa 25 Prozent und damit drastisch verschlechtern.
2. Das **Eigenkapital** wird 2016 aufgebraucht sein, was kein Zeichen für eine generationengerechte Haushaltsentwicklung ist.
3. Die **Nettokreditaufnahme** wird 25,5 Mio. Euro betragen – auch hier ist mit etwa 410 Prozent ein mehr als deutlicher Zuwachs zu verzeichnen. Auch wenn dies zum Teil auf positiv zu bewertende investive Maßnahmen im Schul- und Sportbereich sowie bei der Infrastruktur zurückzuführen ist, kann sich die Stadt dennoch nicht der Pflicht entziehen, diese Kredite irgendwann zu bedienen.
4. Der **Schuldenstand** steigt um weitere 6 Prozent, die **Pro-Kopf-Verschuldung** nimmt etwa in der gleichen Größenordnung zu und wird zum Ende des kommenden Jahres rund 1.900 Euro betragen.
5. **Die Kassenkredite**, also quasi der „Dispokredite“ der Stadt, steigen zwischen 2013 und 2017 um über 220 Millionen Euro, sodass die Stadt Ende 2017 rund **800 Millionen Euro Gesamtschulden** zu tragen hat.
6. Vor diesem Hintergrund weisen auch die **Zinszahlungen** eine expansive Entwicklung auf. Sie werden von 2013 bis 2017 voraussichtlich um 33 Prozent zunehmen und den finanzpolitischen Spielraum weiter verringern. Dies belegt auch die **Zins-Steuer-Quote**: Von jedem in Kiel verbleibenden Steuer-Euro müssen in 2014 über 8 Prozent für Zinsen aufgebracht werden – Ein besonderes Risiko resultiert zudem aus der Umsetzung der **BASEL III-Regelung**, die im Ergebnis dazu führen wird, dass die Stadt verstärkt um Kredite konkurrieren muss und sich die Kreditversorgung des Haushalts verteuern wird. Auf das Zinsrisiko hatte die FDP-Ratsfraktion im Übrigen schon in den vergangenen Jahren hingewiesen.

Welche **Schlussfolgerungen** sind aus diesen Feststellungen zu ziehen?

Erstens:

Die **Einnahmebasis** der Kommunen muss stabilisiert werden. Alternativen zur Gewerbesteuer sind zu prüfen, um mehr Kontinuität zu erreichen. Es ist in diesem Zusammenhang auch daran zu denken, den Gemeinden einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer zu gewähren.

Zweitens:

Das **Konnexitätsprinzip** zwingend eingehalten werden. Es darf nicht sein, dass- wie in den Jahren einer rot-grünen Bundestagsmehrheit verstärkt geschehen – den Gemeinden vom Bund oder dem Land immer mehr kostenverursachende Aufgaben zugewiesen werden, ohne ausreichende Mittel hierfür zur Verfügung zu stellen. Es muss endlich der Grundsatz wieder gelten: Wer bestellt, muss auch bezahlen.

Drittens:

Selbstverständlich hat auch die Landeshauptstadt Kiel vor der eigenen Haustür zu kehren. Um langfristig handlungsfähig zu bleiben und um auch zukünftig beispielsweise in Bildung investieren zu können, sind **Ausgabendisziplin**, die Trennung der wichtigen von den weniger wichtigen Aufgaben sowie die **Stärkung des Wirtschaftsstandorts Kiel** notwendiger denn je.

Wer aber angesichts der oben erwähnten Rahmendaten immer noch von einer StadtRegionalBahn (Planungskosten: weitere 2,3 Mio. Euro) oder dem Wasserbecken an der Holstenbrücke träumt oder nicht die Notwendigkeit erkennt, durch die auch immer wieder vom Innenministerium und dem Rechnungsprüfungsamt angemahnte Aufgaben- bzw. **Produktkritik** strukturell wirksame Maßnahmen zu ergreifen, hat nichts verstanden oder will nichts verstehen. Dazu gehört auch, dass diese umfassende Aufgabenkritik auf breiter Basis der im Rat vertretenen Fraktionen vorzunehmen.

Die Kooperation hat immer wieder eine gemeinsame Verantwortung für den Haushalt eingefordert. Solange sie nicht bereit ist, auf konstruktive Vorschläge der Opposition einzugehen, wird sich die FDP-Ratsfraktion nicht in Mithaftung für rot-grüne Haushalte nehmen lassen.“

V. i. S. d. P.

Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer